

Abschiebungen trotz Eskalation im Bürgerkrieg

By Shugufa Rafie

English: <https://tinyurl.com/y8p4lv3s>

Terroranschläge, Bombenexplosionen und Raketenangriffe stehen auf der Tagesordnung in Afghanistan. Fast täglich kommt es hier zu Zwischenfällen. Die afghanischen Sicherheitskräfte sind mittlerweile überfordert, und die Bewohner führen ein Leben in Angst und Schrecken. Die Welt schaut nur zu.

Seit über 40 Jahren herrscht in Afghanistan ein interner bewaffneter Konflikt zwischen regierungstreuen und regierungsfeindlichen (z.B. Taliban) Kräften. Durch die ständigen Auseinandersetzungen haben sich die Anzahl der mörderischen Anschläge und die Zahl der Opfer unter Zivilbevölkerung zugenommen. Regionen, die bis vor einigen Jahren noch als relativ sicher angesehen wurden, sind mittlerweile unter der Kontrolle der radikalislamischen Taliban oder anderen bewaffneten Terrororganisationen. Trotz der derzeitigen Friedensgespräche mit der Taliban eskaliert die Gewalt in Afghanistan. Allein in den letzten Monaten sind viele unzählige Menschen bei Anschlägen auf Universitäten, Schulen und Kliniken ums Leben gekommen. Trotz alledem planen Österreich und Schweden für den 15. Dezember 2020 eine Abschiebung nach Kabul.

RÜCKFÜHRUNGSABKOMMEN ZWISCHEN AFGHANISTAN UND DER EUROPÄISCHEN UNION

Im Jahr 2016 wurde zwischen der EU und Afghanistan ein sogenanntes Rückführungsabkommen beschlossen, welches Afghanistan verpflichtet afghanische Staatsbürger, die im Asylverfahren alle Rechtswege ausgeschöpft haben, zurückzunehmen. Im Gegensatz dazu erhält Afghanistan Medien zufolge 1,2 Milliarden Euro. Außerdem verpflichtet sich die EU Programme für die Re-Integration der Flüchtlinge zu finanzieren. Darunter fallen zum Beispiel die Schaffung neuer Jobs, sowie auch die Aus- und Fortbildung der Rückkehrenden. Ziel dieses Abkommens war, es die irregulären Einwanderungen zu verhindern und Afghanen und Afghaninnen ohne Aussicht auf Asyl möglichst schnell und reibungslos in ihre Heimat zurückzuschicken, ohne große Bedenken, dass man sie in ein zerrütetes, unsicheres Land zurückschickt. Dieses Abkommen ist somit moralisch gesehen verantwortungslos und unmenschlich, genauso wie die Aussage vom ehemaligen deutschen Bundesinnenminister Thomas de Maizière, welcher folgendes sagte: „Unsere Sorge ist im Moment in Europa die große Zahl der Flüchtlinge aus Afghanistan. Wir wollen, dass in Afghanistan das Signal ankommt. Bleibt dort! Wir führen euch aus Europa direkt nach Afghanistan zurück! Dass Afghaninnen und Afghanen die zweitgrößte Flüchtlingsgruppe darstellten, sei nicht akzeptabel. Deutsche Soldaten und Polizisten tragen dazu bei, Afghanistan sicher zu machen. Es sind viele, viele Summen an Entwicklungshilfe nach Afghanistan geflossen, da kann man erwarten, dass die Afghanen in ihrem Land bleiben.“ Obwohl Afghanistan zum zweiten Mal in Folge als das am gefährlichsten und unsichersten Land der Welt ernannt wurde, kommt es vermehrt zu Aussagen wie die vom ehemaligen Bundesinnenminister.

Die Gefahren in Afghanistan

Die Risiken, die Rückkehrer ausgesetzt sind, lassen sich aus allgemeinen Gefahrenanalysen sowie auch den täglichen Schlagzeilen in den Medien ableiten, und eben diese Analysen belegen, dass die Betroffenen vielen Gefahren ausgesetzt sind. Nichtsdestotrotz ist es nicht möglich, die jeweiligen Erfahrungen von Rückkehrern zu dokumentieren, da sie zum einen nicht öffentlich bekannt sind und zum anderen aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht abgefragt werden können. Jedoch liegt es auf der Hand, welchen Gefahren afghanische Rückkehrer ausgesetzt sind. Allein in den letzten Monaten wurden wir mit mehreren traumatisierenden Schlagzeilen überschwemmt. Beispielsweise wurde am 12. Mai 2020 eine Geburtsklinik im Westen von Kabul (Dasht-e-Barchi) von Terroristen

angegriffen. Augenzeugen zufolge haben die Terroristen wahllos auf Patientinnen, Ärzten und Besuchern, die sich in der Entbindungsstation befanden, geschossen. Außerdem wurde vermehrt Granten in allen Teilen des Krankenhauses geschleudert, die für den Tod von Dutzenden Menschen verantwortlich waren, darunter Frauen, Kinder und Neugeborene.

Am 24. Oktober 2020 sind über 20 Schüler und Schülerinnen infolge eines Selbstmordanschlages in der afghanischen Hauptstadt Kabul ums Leben gekommen. Der Attentäter, der sich Zugang zu einem Bildungszentrum im westlichen Stadtteil Dasht-e-Barchi verschaffen wollte, sprengte sich in die Luft, als dieser von den Sicherheitskräften entdeckt wurde. Diese Bildungseinrichtung wurde nicht zum ersten Mal angegriffen. Im Jahr 2018 wurden ebenfalls viele Jugendliche, infolge eines Terroranschlages in den Tod gerissen. Bedauerlicherweise stehen diese Anschläge auf der Tagesordnung in Afghanistan. Allein in den letzten Monaten wurden vermehrt auf Krankenhäuser, Schulen, Universitäten und Märkten Anschläge ausgeübt. Insbesondere sind hier die Ethnie der Hazara betroffen, die sich vermehrt in Dasht-e-Barchi befinden.

Die Bevölkerung Afghanistans besteht aus mehreren unterschiedlichen ethnischen Gruppen: Zu den Größten zählen die Hazara, Pashtunen, Tadschiken und Usbeken. Die Hazara sind eine Volksgruppe, die seit über Jahrhunderten gesellschaftlich diskriminiert und gezielt durch Zwangsrekrutierung, Zwangsarbeit und körperliche Misshandlung unter Druck gesetzt werden. Schon lange bevor der grausamen Herrschaft der Taliban, wurden Hazara von Pashtunen marginalisiert und diskriminiert. Ende des 19. Jahrhunderts wurden beispielsweise 62% der Hazara unter der Führung von Abdul Rahman Khan ermordet. Auch heute leiden Hazara in ihrem Alltag vermehrt unter den verschiedenen Formen der Diskriminierung, sei es unter religiöser, sozialer oder geschlechtlicher Diskriminierung, die sie stets in der Schule, Universität und im Arbeitsleben von anderen Mitmenschen ausgrenzen. Jüngsten Berichten zufolge nehmen die Fälle der Einschüchterungen, Schikanierungen und Tötungen durch die Taliban beziehungsweise anderen Terrororganisationen, wie die ISIS und anderen Volkgruppen vermehrt zu.

In Afghanistan herrscht somit landesweit ein unberechenbarer und tragischer Konflikt, welcher für den Tod Zehntausender Zivilpersonen verantwortlich ist. Damit ist sicher, dass kein Teil des Landes als sicher abgestempelt werden darf. Von der Europäischen Union und deren Mitgliedstaaten werden diese Gefahren bewusst ausgeblendet, um eine hohe Zahl von Rückführungen erzielen zu können. Trotz zunehmender Gefahren im Land, steigt die Zahl der Rückführungen dorthin. Um diese Abschiebungen durchführen zu können, haben sie Afghanistan beziehungsweise einige Teile davon, wie zum Beispiel die Hauptstadt Kabul, welches derzeit als gefährlichste Region bekannt ist, als „sicher“ erklärt. Nichtsdestotrotz werden immer mehr afghanische Flüchtlinge aus Europa nach Afghanistan geschickt. Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten blenden dies nicht nur aus, sondern befürworten es auch, wie die Tränengas-Aktion in Griechenland im Jahr 2020 deutlich zeigt. Nachdem die Türkei Tausende Flüchtlinge ungehindert weiterreisen ließ, feuerte die griechische Polizei nicht nur auf Tausende Flüchtlingen, sondern veranlasste auch Sammelabschiebungen in die Türkei. Diese Handlung verstößt gegen die europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik, denn demnach ist die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern auch ein Menschenrecht, das in internationalen und europäischen Konventionen festgelegt ist.

Wir fordern daher die sofortige Aussetzung von Abschiebungen nach Afghanistan sowie eine gerechte Verhandlung unter Berücksichtigung der jetzigen Lage in Afghanistan.